Kernforderungen des NABU-Kreisverbands Waldeck-Frankenberg zur Kommunalwahl 2021

Stellungnahmen der im Kreistag vertretenen Parteien/Wählergruppen zu natur- und umweltpolitischen Themen

Inhaltsverzeichnis:

Fragenkatalog/Kernforderungen des NABU : S. 1 bis 2

CDU: S. 3 bis 5

SPD: S. 6 bis 9

Die Grünen: S. 10 bis 14

FDP: S. 15 bis 16

Freie Wähler: S. 17-21

Die Linke: 22 bis 25

AfD: 26 bis 31

1. Der **Landschaftspflegeverband** bedarf der Unterstützung im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Kommunen bei der Umsetzung artenschutzrechtlicher Ausgleichsmaßnahmen und der Pflege der vom Kreis ausgewiesenen Naturdenkmale.
Die Intensivierung der Kommunikation zwischen Fachdiensten, LPV, Ökomodellregion, Naturparken, LEADER-Programm ist anzustreben (evtl. durch einen sog. „Lenkungskreis“ – oder „Runden Tisch“).

2. Viele **Naturdenkmale** des Kreises erfüllen das angestrebte Schutzziel leider nur unzureichend.
Ebenso ist die Bedeutung dieser Naturdenkmale durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Erstellung einer App) mit Blick auf den Tourismus zu intensivieren.

3. Notwendige Förderung **kreisspezifischer Artenschutzmaßnahmen**, vor allem zu den bereits ermittelten Verantwortungsarten für den Kreis Waldeck-Frankenberg.
Naturschutzgerechte Bewirtschaftung kommunaler Flächen sowie Artenschutzmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden (u. a. Begrünung, Schutz vor Vogelschlag an Glasflächen, Nistkästen).

4. **Windkraftanlagen (WEA)** sind ein wichtiger Baustein für die Energiewende. Sie sollten jedoch durch andere alternative Energieformen ergänzt werden (Solaranlagen und Photovoltaik an öffentlichen Gebäuden u. a.).
Repowering sollte Vorrang vor neuen WEA-Standorten haben - WEA-freie Räume in Touristikbereichen sind unerlässlich.
Keinesfalls vertretbar sind WEA unmittelbar an Hessens einzigem Nationalpark!

5. Erstellen eines **Gesamtkonzeptes für die Edersee-Region** zur weiteren Entwicklung eines naturverträglichen sanften Tourismus, insbes. zu Infrastruktur und Verkehr.
Insbesondere sollte keine neue Seilbahn-Trasse im Nationalpark mit einer fragwürdigen Querung unmittelbar unterhalb des Schlosses in diesen sensiblen Raum gebaut werden. Besonders nachhaltig wäre die Fortführung und Sicherung von Naturschutzprojekten wie z. B. des Naturschutzgroßprojektes Kellerwald-Edersee.

6. Die in Arbeit befindliche **Leitlinie „Naturschutz im Domanialwald“** sollte zügig fertiggestellt werden. Schwerpunkte sollen Artenschutzmaßnahmen sowie die Ausweisung von Altholzinseln sein.

Förderung des in Bad Wildungen-Hundsdorf entstehenden Forstmuseums als Informationsstelle für Naturparkbesucher.

Die Inwertsetzung der Hutewälder in der Kellerwaldregion, die in ihrer Anzahl und Ausprägung ein Alleinstellungsmerkmal sind, durch Pflege, gezielte Öffentlichkeitsarbeit und das Anlegen eines Hutewald-Rundweges.

7. Der Anteil des **ökologischen Landbaus** liegt in Waldeck-Frankenberg unterhalb des Landesdurchschnittes von 25%. Der Landkreis sollte daher zusätzliche Anstrengungen unternehmen, diesen Anteil zu steigern.
Ebenso ist die Weiterentwicklung der Ökomodellregion mit regionalen Vermarktungskonzeptionen zu intensivieren.
Die Nitratbelastung des Grundwassers darf nicht durch sog. „Gülle-Importe“ gesteigert werden.
Zum Schutz von Insekten dürfen keine Pestizide auf Flächen im Kreiseigentum angewendet werden.
Das Vereinnahmen von Wege- und Randstreifen („illegale Landnahme“) ist nicht rechtens und schädigt die Artenvielfalt sowie den Ruf der Landwirte.

8. Weniger Flächenverbrauch bei der Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten durch innerörtliche Verdichtung (Innen- vor Außenausbau).
Erstellen eines „Lückenkatasters“ in den Kommunen, bevor neue Baugebiete ausgewiesen werden. Nutzung des „Ökokontos“ für vorgreifende Ersatzmaßnahmen.
Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen (Kompensationskataster erforderlich) im Rahmen von Flurneuordnungsverfahren und Baumaßnahmen umsetzen und die Pflege der Flächen dauerhaft sichern und überwachen.

9. Eine ca. 200 km lange „Grenztrail“-Strecke für fast 14 Mio Euro erhöht mit Blick auf die aktuelle Finanz- und Umweltsituation das sowieso schon vorhandene Konfliktpotential.
Unsere ländliche Region bedarf stattdessen dringend eines umfassenden kreisstraßenbegleitenden **sicheren Radwegenetzes**.

10. Eine bürgernahe und **kostengünstige öffentliche Nutzung von Recyclingeinrichtungen der Abfallwirtschaft** wäre zukunftsorientiert, fördert das Umweltbewusstsein und verhindert somit wilde Müllablagerungen aufgrund aktuell 100%iger Gebührenerhöhung!
Förderung von Angeboten der Natur- und Umweltbildung in Kindergärten, Jugendherbergen.

11**. Aufwertung** der Vergabe **des Kreisnaturschutzpreises** (u. a. Ehrung und Vergabe im Kreisparlament).

Stellungnahme des CDU-Kreisverbands Waldeck-Frankenberg zu den Kernforderungen des NABU Waldeck-Frankenberg zur Kommunalwahl 2021

Zu 1.: Landschaftspflegeverband
Die Gründung eines Landschaftspflegeverbands war eine Forderung der CDU und Teil unseres Wahlprogramms zur Kommunalwahl im März 2016. Inzwischen ist der Landschaftspflegeverband installiert. Wir stehen für eine Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit des Landschaftspflegeverbands in enger Abstimmung mit den Kommunen, den landwirtschaftlichen Verbänden, der Ökomodellregion, den Naturparken und dem zuständigen Fachdienst. Eine Intensivierung der Kommunikation der genannten Stellen begrüßen wir deshalb ausdrücklich.

Zu 2.: Naturdenkmale
Der Schutz und die Erhaltung unserer Naturdenkmale liegen uns sehr am Herzen. Da, wo Schutzziele nicht umfänglich erfüllt werden, muss nachgesteuert werden. Der Bedeutung der Naturdenkmale – auch für den Tourismus – sind wir uns bewusst. Die Erstellung z. B. einer App ist ganz in unserem Sinne. Die Naturdenkmale sind Alleinstellungsmerkmale und Aushängeschilder unserer Region für Einheimische und Gäste.

Zu 3.: Kreisspezifische Artenschutzmaßnahmen/Naturschutzgerechte Bewirtschaftung
Der Landkreis hat sich in den letzten Jahren intensiv an der Förderung von Artenschutzmaßnahmen beteiligt, so z. B. bei der Erstellung eines Leitfadens zum Insektenschutz oder beim Rebhuhn-Programm. Hierzu stehen wir auch weiterhin und sind für Vorschläge des NABU offen.
Bereits jetzt werden viele kommunale Flächen, auch des Landkreises, naturschutzgerecht bewirtschaftet. Wir unterstützen diese Maßnahmen überall dort, wo sie sinnvoll und machbar sind. Das gleiche gilt für Artenschutzmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden. Schutz vor Vogelschlag an Glasflächen oder Nistkästen sollten selbstverständlich sein.

Zu 4.: Windkraftanlage (WEA)
Wir wollen als Landkreis unseren Beitrag zur Energiewende leisten. Die von Bund und Land aufgelegten Förderprogramme für energetische Sanierungsmaßnahmen haben wir für eine Vielzahl kreiseigener Gebäude genutzt und setzen uns für höchste Standards ein. Ebenso werden dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, Photovoltaik und Solarenergie an kreiseigenen Gebäuden genutzt. Auch in Zukunft werden wir uns dafür einsetzen, bei Baumaßnahmen des Landkreises die Nutzung alternativer Energien einzubeziehen.
Dort, wo das Planungsrecht es zulässt, stehen wir zur Realisierung von WEA-Standorten. Den Grundsatz „Repowering vor neuen WEA-Standorten“ teilen wir. Für WEA-freie Räume z. B. in Touristikbereichen haben wir uns und werden wir uns auch weiterhin einsetzen.

Zu 5.: Gesamtkonzept für die Edersee-Region
Die Weiterentwicklung eines sanften und naturverträglichen Tourismus in der Edersee-Region ist für uns ein wichtiges Anliegen. Mit der Einbettung der Region in Natur- und Nationalpark haben wir schon viel erreicht. Bei der Vermarktung dieser Pfunde müssen wir erfolgreicher werden. Überregionale Wander- und Fahrradwege wollen wir unterstützen, ebenso wie die Realisierung des Moutainbike-Grenztrails Waldeck-Frankenberg, den wir als große touristische Chance für unsere Region sehen. Den Bau der neuen Edersee-Seilbahn als besondere Attraktion in der Edersee-Region unterstützen wir ausdrücklich. Eine Realisierung dieses wichtigen Projekts muss auch unter Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Vorgaben möglich sein.

Zu 6.: Leitlinie „Naturschutz im Domanialwald“
Die Erstellung der Leitlinie begrüßen wir und unterstützen Artenschutzmaßnahmen im Domanialwald. Vergessen sollte man allerdings auch nicht, dass es sich beim Domanialwald im überwiegenden Teil um einen Wirtschaftswald handelt, der einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wertschöpfungskette leisten muss – Stichwort „Nachwachsende Rohstoffe“. Der Aufbau eines zukunftsfesten Waldes ist uns ein besonders wichtiges Anliegen.
Das entstehende Forstmuseum in Bad Wildungen-Hundsdorf ist ein Projekt, dass wir ausdrücklich unterstützen. Der Erhalt der Hutewälder in der Kellerwaldregion ist auch für uns ein wichtiges Anliegen. Das Anlegen eines Hutewald-Rundweges als weiteren attraktiven Wanderweg in der Region ist eine gute Idee, die wir positiv begleiten wollen.

Zu 7.: Ökologischer Landbau
Eine Erhöhung des Anteils des ökologischen Landbaus in Waldeck-Frankenberg ist wünschenswert. Eine Steigerung kann aber nur in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit unserer heimischen Landwirtschaft erreicht werden. Die heimische Landwirtschaft betrachten wir als unseren Partner bei der Lösung umweltpolitischer Herausforderungen.
Die dauerhafte Fortsetzung des Projekts „Ökomodellregion Waldeck-Frankenberg“ ist Bestandteil unseres Kommunalwahlprogramms. Eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen unterstützen wir. Beispielhaft zu nennen sind: Förderung des ökologischen Landbaus, vielfältige Kulturen im Ackerbau, Beibehaltung von Zwischenfrüchten über den Winter, ein- und mehrjährige Blühstreifen und Flächen, Gewässer- und Erosionsschutzstreifen, Ackerrandstreifen, Wildkrautflächen und Grünlandextensivierung.
Konzepte und Ideen zur Direktvermarktung regionaler Lebensmittel und Produkte haben wir schon immer unterstützt und gefördert, wie z. B. die Durchführung der Direktvermarkter-Messen.
Eine zusätzliche Nitratbelastung durch sogenannte „Gülle-Importe“ lehnen auch wir ab.
Wenn Wege- und Randstreifen unrechtmäßig vereinnahmt werden, ist dagegen vorzugehen. Dass wir die Anlage von Blühstreifen unterstützen haben wir bereits im vorhergehenden Absatz erwähnt.

Zu 8.: Flächenverbrauch
Die Chancen, die Dorf- und Regionalentwicklung bieten, wollen wir auch weiterhin nutzen. Das gleiche gilt für das erfolgreiche Programm „Wohnen in Ortskernen“, dass wir auch für junge Familien ausbauen wollen. Daneben wollen wir uns dafür einsetzen, dass das Programm auch auf Mehrfamilienhäuser, die auch zum Mehrgenerationenwohnen genutzt werden können, ausgedehnt wird. Gleiches gilt für gewerbliche Nutzungsmöglichkeiten. Alle diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Ortskerne sinnvoll genutzt zu erhalten und dem Flächenverbrauch entgegen zu wirken. Ertüchtigung der Bausubstanz in den Ortkernen geht vor Ausweisung neuer Baugebiete. Dazu kann auch der Abriss nicht mehr erhaltungsfähiger Gebäude gehören, um Flächen innerhalb der Ortslagen zu generieren.

Zu 9.: Grenztrail Waldeck-Frankenberg
Das Projekt Grenztrail Waldeck-Frankenberg haben wir von der ersten Stunde an unterstützt und sehen in ihm eine große Chance für die gesamte Tourismusregion Waldeck-Frankenberg. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass sich möglichst viele Kommunen des Landkreises an dem Projekt beteiligen. An der Realisierung des Projekts werden wir unbedingt festhalten.
Das schließt ein umfassendes kreisstraßenbegleitendes und sicheres Radwegnetzes keineswegs aus, für das wir ebenfalls stehen.

Zu 10.: Kostengünstige öffentliche Nutzung von Recyclingeinrichtungen der Abfallwirtschaft
Wir stehen für eine kreislauforientierte Abfallwirtschaft und wollen deshalb Konzepte für eine kostengünstige öffentliche Nutzung der Recyclingeinrichtungen des Landkreises erarbeiten.
Wilde Müllablagerungen sind illegal, damit ist alles gesagt.
Wir stehen ausdrücklich zu Angeboten von Natur- und Umweltbildung z. B. in Kindergärten und Jugendherbergen und haben daher gern in der letzten Kreistagssitzung unseren Antrag „Landwirtschaft meets Nachwuchs“ eingebracht, um unseren Kleinsten frühzeitig unsere Wertschöpfungskette näherzubringen.

Zu 11.: Kreisnaturschutzpreis
Die Vergabe des Kreisnaturschutzpreises ist uns ein wichtiges Anliegen, dem wir besondere Aufmerksamkeit widmen. Die durch die Jury ausgewählten Preisträger verdienen allesamt unsere größte Wertschätzung. Für alle Vorschläge, die zu einer Aufwertung der Vergabe des Kreisnaturschutzpreises führen, sind wir dankbar.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

25. Februar 2021

NABU-Kreisverband Waldeck-Frankenberg
Postfach 33
34547 Edertal

Stellungnahme der SPD Waldeck-Frankenberg zu den Kernforderungen des NABU zur Kommunalwahl 2021

Sehr geehrter Herr Schneider,

wir danken Ihnen herzlich für Ihr Anschreiben und die Zusendung der Kernforderungen des NABU zur Kommunalwahl 2021. Ziele der SPD im Landkreis sind es, mit gesunder Natur in harmonischem Einklang zu leben, das heißt für uns:

1. natürliche Ressourcen bewahren und nutzen;
2. die Öko-Modellregion ausbauen;
3. vitale Dörfer erhalten und gestalten;
4. die Vielfalt unserer Seen-, Kultur- und Parklandschaften fördern, ebenso wie die
5. Direktvermarktung regionaler Produkte;
6. eine umweltfreundliche Energieversorgung, die Maßstäbe setzt, etablieren und die
7. Wasserversorgung und -qualität als ausschließlich öffentliche Aufgabe betrachten.

Zu Ihren einzelnen Forderungen nehmen wir wie folgt Stellung:

Forderung 1: Landschaftspflegeverband (LPV)

Der Landschaftspflegeverband war schon 2013 Gegenstand eines Antrags der damaligen Koalition aus SPD und den Grünen im Kreistag. Nach der Kommunalwahl 2016 bestand die SPD darauf, dass dieses Thema in den Koalitionsvertrag mit der CDU aufgenommen und weiter verfolgt wird, was dann schließlich auch in der Gründung des Verbandes mündete. Auf Initiative der SPD Waldeck-Frankenberg also wurde der Landschaftspflegeverband während der letzten Legislaturperiode gegründet und arbeitsfähig gemacht. Wir haben uns nun zum Ziel gesetzt, diese Arbeit weiter auszubauen und den Verband entsprechend auszustatten. Dies soll vor allem in Richtung der von Ihnen geforderten Pflege der Naturdenkmäler sowie der Umsetzung kreisspezifischer Artenschutzmaßnahmen erfolgen.

SPD Waldeck-Frankenberg
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach

Telefon 05631 9747 0
Telefax 05631 9747 30
ub.waldeck-frankenberg@spd.de
www.spd-waldeck-frankenberg.de

Bankverbindung
IBAN: DE34523500050000042630
BIC: HELADEF1KOR
Sparkasse Waldeck-Frankenberg

Dabei ist der von Ihnen geforderte Lenkungskreis durchaus zweckmäßig. Eine Intensivierung der Kommunikation mit den Kommunen, den Fachdiensten, dem LPV, der Ökomodellregion u.a. Trägern öffentlicher Belange auch im Sinne von Lenkungskreisen oder Runden Tischen wird von Seiten der SPD nachhaltig unterstützt.

Forderung 2: Naturdenkmale

Naturdenkmale werden als Schutzziel auch aus unserer Sicht unzureichend wahrgenommen. Konkrete Vorschläge des NABU hierzu werden erwartet. Die Einrichtung einer APP wird von Seiten der SPD befürwortet, damit von Anwohnern und auch von Urlaubenden die Bedeutung von Naturdenkmalen besser erkannt werden kann. In Waldeck-Frankenberg gibt es aktuell 284 Naturdenkmäler, in jeder Stadt bzw. Gemeinde zwischen 2 und 30. Die Auflistung ist in Wikipedia zu finden. Der Schutz bedeutet ein weitgehendes Veränderungsverbot. Weitere Aufklärung über die Naturdenkmäler etwa durch die Erstellung einer App, in der die Naturdenkmäler beispielsweise beschrieben, fotografisch dargestellt und ihre Fundorte angegeben werden, halten wir für ebenfalls für sinnvoll.

Forderung 3: Kreisspezifische Artenschutzmaßnahmen / naturschutzgerechte Bewirtschaftung

Wir werden uns um die Förderung kreisspezifischer Artenschutzmaßnahmen, auch an öffentlichen Gebäuden, und die naturschutzgerechte Bewirtschaftung kommunaler Flächen kümmern und sind da konkreten Vorschlägen von Naturschutzorganisationen gegenüber aufgeschlossen. Entsprechende Fördermaßnahmen von Seiten des Kreises wurden zuletzt durch die SPD unterstützt. Dies wird auch in der Zukunft so sein.

Forderung 4: Windkraftanlagen (WEA)

Für den Bereich der Erneuerbaren Energien erscheint auch uns eine Ergänzung von WEA mit Solaranlagen und Photovoltaik sinnvoll.
Repowering stellt eine sinnvolle Ergänzung zu einem Bau neuer WEA dar, welche die Errichtung neuer WEA allerdings nicht überflüssig macht. WEA in der Nähe von Tourismusregionen errichten zu wollen, sollte auch unserer Meinung nach vermieden werden. Eine mögliche Errichtung von WEA in der Nähe zum Nationalpark allerdings zum KO-Kriterium erklären zu wollen, wird von unserer Seite kritisch bewertet. Wege zu einer Vermeidungsstrategie aufzuzeigen ist aus unserer Sicht der richtige Ansatz.

Forderung 5: Gesamtkonzept Ederseeregion

Die Forderung nach einem Gesamtkonzept für die Ederseeregion wird grundsätzlich begrüßt. Dabei sind neben dem Naturschutz die Einzelinteressen des Tourismus, der Infrastruktur und des Verkehrs zu berücksichtigen und in ein Gesamtkonzept einfließen zu lassen.
Den Bau einer Seilbahn – in welcher Form auch immer – wegen der Nähe des Nationalparks zum KO-Kriterium erklären zu wollen, wird von der SPD dagegen abgelehnt. Vielmehr werden wir uns für einen Abwägungsprozess stark machen, der die gleichberechtigten Interessen des Nationalparks und des Tourismus nicht aus dem Auge verliert.

Forderung 6: Leitlinie Naturschutz im Dominialwald

Im Dominialwald hat auch der Naturschutz unstrittig seine Berechtigung. Dazu gehören Artenschutzmaßahmen sowie die Ausweisung von – allerdings räumlich begrenzten – Altholzinseln Vor dem Hintergrund der klimabedingten Waldschäden im Domanium ist aus unserer Sicht die Klärung der Frage wichtig, wo eine Naturverjüngung genügt und wo eine systematische Aufforstung mit trockenresistenten Kulturen im Sinne eines Mischwaldes angezeigt ist. Hier sollte man sich wesentlich auf die Erkenntnisse der Forstlichen Versuchsanstalt in Hann. Münden stützen.
Der Einrichtung eines Forstmuseums in BW-Hundsdorf wird zugestimmt. Das Gleiche gilt für die Hutewälder in der Kellerwaldregion, die als ein Alleinstellungsmerkmal an eichereichen Standorten anzusehen sind. Aus der Sicht der SPD stellt auch die Anlage eines Hutewaldrundweges einen interessanten Ansatz dar.

Forderung 7: Ökologischer Landbau und Ökomodellregion

Der Anteil des Ökolandbaus, der landwirtschaftliche Betriebe mit einem positiven Deckungsbeitrag arbeiten lässt, ist derzeit bei einem Anteil von max. 25% an der Gesamtproduktion ausgereizt. Darüber hinaus anfallende Produktmengen können nicht entsprechend werthaltig vermarktet werden. Man sollte deshalb Hofmärkte und Direktvermarktung offensiv unterstützen, auch um so den eben skizzierten Marktmechanismen entgegenzuwirken. Grundsätzlich muss im Sinne einer innovativen Marketingstrategie die Bereitschaft von Verbraucher:innen geweckt werden, in einem größeren Ausmaß als heute höherpreisige ökologische Produkte bewußt einkaufen zu wollen.

Importgüllen haben insbesondere in den roten Gebieten des Wasserschutzes nichts verloren. Es handelt sich um transportgerecht hergestellte Mischungen von Güllen aus unterschiedlichen Betrieben und von unterschiedlichen Tierarten aus intensiver Tierhaltung. Im Unterschied zu heimischen Güllen aus bäuerlichen Betrieben, die ihre Tiere N- und P-reduziert ernähren, handelt es sich hierbei idR um Nährstoffkonzentrate, die insbesondere in kleinen Mengen nicht bei der Anwendung genau dosiert werden können.

Kreiseigene Flächen sind so zu bewirtschaften, dass die Artenvielfalt von Insekten und die Biodiversität insgesamt keinen Schaden nimmt. Wo dies nicht der Fall ist, muss von Seiten des Kreises eingegriffen werden.
Das schließt auch die Frage mit ein, dass Wege und Randstreifen unversehrt bleiben müssen. Ganz in diesem Sinne werden derzeit auf Anregung der SPD in einigen Gemeindevertretungen und Stadtparlamenten Initiativen zur Neufassung von Feldwegesatzungen auf den Weg gebracht.

Forderung 8: Flächenverbrauch durch Baumaßnahmen und Versiegelung

Einer Forderung nach einer Reduktion des Flächenverbrauchs schließt sich die SPD ohne Abstriche an. Besonders anzusprechen sind hier: Bau- und Gewerbegebiete sowie Straßenbaumaßnahmen. Mit Hilfe eines Lückenkatasters kann durch Baumaßnahmen in Baulücken der Zersiedlung von dörflichen Zentren entgegengewirkt werden. Bei allen Baumaßnahmen ist auch die ökologische Kompensation eine wichtige Frage. Deshalb ist auch die Forderung nach einem Lücken- und einem Kompensationskataster eine richtige Forderung.

Forderung 9: Grenztrail und Radwanderwege

Wir sehen durchaus, dass der Grenztrail nicht unproblematisch ist, unterstützen ihn aber voll und ganz als weiteres touristisches Highlight im Landkreis. Vielmehr erwartet sich die SPD über bikende Touristen eine umfassendere Ausschöpfung der regionalen Wertschöpfungspotentiale. Dies funktioniert nur, wenn die Strecken an vorhandene Schwerpunkte des regionalen Übernachtungs-

und des Gastronomiegewerbes direkt angebunden sind. Die Forderung nach einem größeren Radwanderwegnetzes wird unterstützt.

Gleichzeitig wollen wir den Anteil an Radwegen im Landkreis kontinuierlich weiter ausbauen und zu einem sicheren Verkehrsnetz nicht nur für Touristen sondern für alle Radfahrer für deren tägliche Wege beispielsweise zum Arbeitsplatz entwickeln.

Forderung 10: Abfallwirtschaft

Die Forderungen des NABU hierzu werden inhaltlich voll unterstützt.

Forderung 11: Kreisnaturschutzpreis

Auch hier besteht inhaltlich mit dem NABU Konsens. Wir werden uns für die Aufwertung nicht nur des Kreisnaturschutzpreises, sondern aller vom Landkreis vergebenen Preise einsetzen.

Sollten Sie Rückfragen haben, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung!

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund,

Dr. Hendrik Sommer
Unterbezirksvorsitzender SPD Waldeck-Frankenberg

1. Der **Landschaftspflegeverband** bedarf der Unterstützung im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Kommunen bei der Umsetzung artenschutzrechtlicher Ausgleichsmaßnahmen und der Pflege der vom Kreis ausgewiesenen Naturdenkmale.
Die Intensivierung der Kommunikation zwischen Fachdiensten, LPV, Ökomodellregion, Naturparken, LEADER-Programm ist anzustreben (evtl. durch einen sog. „Lenkungskreis“ – oder „Runden Tisch“).

Die Grünen haben sich auf Landesebene für die Einrichtung und Unterstützung der Landschaftsplegeverbände eingesetzt und wir haben uns auch auf Kreisebene für die Gründung eingesetzt. Für die kommende Wahlperiode haben wir unserem Wahlprogramm das Ziel gesetzt, dass der Landschaftspflegeverband zu einem Partnernetzwerk und Dialogforum zwischen Landwirtschaft und Naturschutz entwickelt und gestärkt werden soll.

2. Viele **Naturdenkmale** des Kreises erfüllen das angestrebte Schutzziel leider nur unzureichend.
Ebenso ist die Bedeutung dieser Naturdenkmale durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Erstellung einer App) mit Blick auf den Tourismus zu intensivieren.

Die Grünen haben zum Kreishaushalt 2021 beantragt, die Mittel für die Naturdenkmale um 10.000 Euro zu erhöhen, und zwar genau mit der Begründung, dass viele dieser das angestrebte Schutzziel nicht erreichten. Bedauerlicher Weise wurde der Antrag von der CDU-SPD-Koalition abgelehnt. Wir werden uns in der kommenden Wahlperiode für die Verbesserung der Situation der Naturdenkmale einsetzen.

3. Notwendige Förderung **kreisspezifischer Artenschutzmaßnahmen**, vor allem zu den bereits ermittelten Verantwortungsarten für den Kreis Waldeck-Frankenberg.
Naturschutzgerechte Bewirtschaftung kommunaler Flächen sowie Artenschutzmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden (u. a. Begrünung, Schutz vor Vogelschlag an Glasflächen, Nistkästen).

Die Grünen in Waldeck – Frankenberg haben sich im Bereich des Naturschutzes für die kommende Wahlperiode viel vorgenommen, so haben wir im Wahlprogramm festgehalten, dass in vielen FFH-und Naturschutzgebieten der tatsächliche Schutz der Natur unzureichend ist und dass trotz des Schutzstatus auf dem Papier eine intensive Nutzung stattfindet. Hier streben wir erhebliche Verbesserungen an, beispielsweise durch Landkäufe oder Vertragsnaturschutzmaßnahmen. Ein funktionsfähiger Verbund soll diese

Biotope vernetzen. Die Vorgaben der Bundesregierung und das auf unsere Initiative hin entstandene Insektenschutzprogramm für den Landkreis wollen wir zügig umsetzen, denn die Situation unserer Insekten, aber auch aller anderen Gruppen wie der Singvögel, der Frösche und Eidechsen ist dramatisch. Die Mitarbeit im Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ ist zu intensivieren.

4. **Windkraftanlagen (WEA)** sind ein wichtiger Baustein für die Energiewende. Sie sollten jedoch durch andere alternative Energieformen ergänzt werden (Solaranlagen und Photovoltaik an öffentlichen Gebäuden u. a.). Repowering sollte Vorrang vor neuen WEA-Standorten haben - WEA-freie Räume in Touristikbereichen sind unerlässlich.
Keinesfalls vertretbar sind WEA unmittelbar an Hessens einzigem Nationalpark!

Die Energiegewinnung mittels Windkraftanlagen ist unerlässlich zur Umsetzung der Energiewende, die für den Klimaschutz unerlässlich ist. Wir GRÜNE sehen durch den Ersatz alter Windkraftanlagen großes Potential, denn hier kann bei gleicher Fläche mit weniger Anlagen die Stromerzeugung verdoppelt werden. Es benötigt aber auch neue Windkraftstandorte. Bei der Auswahl soll in einem transparenten Verfahren sorgfältig auf Augenhöhe mit Anliegern und dem Naturschutz gehandelt werden.

5. Erstellen eines **Gesamtkonzeptes für die Edersee-Region** zur weiteren Entwicklung eines naturverträglichen sanften Tourismus, insbes. zu Infrastruktur und Verkehr.
Insbesondere sollte keine neue Seilbahn-Trasse im Nationalpark mit einer fragwürdigen Querung unmittelbar unterhalb des Schlosses in diesen sensiblen Raum gebaut werden. Besonders nachhaltig wäre die Fortführung und Sicherung von Naturschutzprojekten wie z. B. des Naturschutzgroßprojektes Kellerwald-Edersee.
Wir GRÜNE befürworten die Modernisierung der Seilbahn bei Waldeck auf der vorhandenen Trasse. Einen Seilbahnneubau auf der aktuell diskutierten Trasse, die im Wesentlichen über bestehende Waldflächen des Nationalparks führt und dort eingreift, halten wir aufgrund der damit einhergehenden Beeinträchtigungen für die Natur für nicht genehmigungsfähig; sowohl das Europarecht als auch das Verschlechterungsverbot der Nationalparkverordnung stehen dem Projekt entgegen, und wir lehnen es deshalb ab.

6. Die in Arbeit befindliche **Leitlinie „Naturschutz im Domanialwald“** sollte zügig fertiggestellt werden. Schwerpunkte sollen Artenschutzmaßnahmen sowie die Ausweisung von Altholzinseln sein.

Förderung des in Bad Wildungen-Hundsdorf entstehenden Forstmuseums als Informationsstelle für Naturparkbesucher.
Die Inwertsetzung der Hutewälder in der Kellerwaldregion, die in ihrer Anzahl und Ausprägung ein Alleinstellungsmerkmal sind, durch Pflege, gezielte Öffentlichkeitsarbeit und das Anlegen eines Hutewald-Rundweges.

Im Domanialwald sind bisher lediglich etwa zwei Prozent der Fläche dauerhaft aus der Nutzung genommen. Diesen Anteil wollen wir GRÜNE sukzessive erhöhen, idealer Weise auf die von der Bundesregierung vorgegebene Marke von zehn Prozent. Die Ausweisung von solchen Naturwaldflächen ist das wirksamste Mittel, artenreiche, klimastabile und CO_2-speichernde Wälder zu schaffen. Wir möchten die Zertifizierung der Domanial-und Kreiswaldflächen nach dem FSC-Standard erreichen, nach dem bereits der Landeswald bewirtschaftet wird. Altbäume sollen speziell geschützt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in Eigenjagdbezirken des Domaniums und des Landkreises nur mit bleifreier Munition gejagt werden darf. Diesem Umweltgift fallen nämlich jährlich zehntausende Vögel zum Opfer.

7. Der Anteil des **ökologischen Landbaus** liegt in Waldeck-Frankenberg unterhalb des Landesdurchschnittes von 25%. Der Landkreis sollte daher zusätzliche Anstrengungen unternehmen, diesen Anteil zu steigern.
Ebenso ist die Weiterentwicklung der Ökomodellregion mit regionalen Vermarktungskonzeptionen zu intensivieren.
Die Nitratbelastung des Grundwassers darf nicht durch sog. „Gülle-Importe“ gesteigert werden.
Zum Schutz von Insekten dürfen keine Pestizide auf Flächen im Kreiseigentum angewendet werden.
Das Vereinnahmen von Wege- und Randstreifen („illegale Landnahme“) ist nicht rechtens und schädigt die Artenvielfalt sowie den Ruf der Landwirte.

Der Anteil des Biolandbaus liegt aktuell mit 12,6 Prozent unter dem Landesdurchschnitt und wir GRÜNE wollen durch fachlich aufgeschlossene Beratung und Hilfen bei der Umstellung diesen steigern. Auch das Domanium mit seinen zahlreichen Landwirtschaftsflächen sollte aktiv darauf hinwirken, die ökologisch bewirtschaftete Flächen zu steigern. Mit Sorge sehen wir immer mehr Gülleeinfuhren aus den Zentren der Massentierhaltung im Nordwesten Deutschlands und den Niederlanden. Hessenweit ist Waldeck-Frankenberg Gülleimport-Landkreis Nummer 1! Und das obwohl weite Teile als „Rote Gebiete“ mit hoher Nitratbelastung des Grundwassers eingestuft sind. An der politischen Arbeit zur Verhinderung neuer Anlagen der industriellen Geflügelmast haben wir uns gerne beteiligt und werden dies auch in Zukunft tun. Den noch vorhandenen Grünlandanteil mit Wiesen und Weiden gilt es unbedingt zu erhalten und wieder anzuheben. Beim Umbruch von Grünlandflächen leidet die Artenvielfalt, die Gewässer werden stärker belastet

und klimaschädliche Gase in erheblichem Umfang freigesetzt. Betriebe mit tiergerechter Weidehaltung wollen wir beim Herdenschutz unterstützen, beispielsweise beim Bau sicherer Weidezäune.
Zum Schutz unserer Insekten, Bodentiere, des Wassers und des Waldes sollen auf kreiseigenen Flächen keine Ackergifte ausgebracht werden. Sie sollen nicht für Importe von Gülle oder Gärresten verwandt werden.
Straßen-und Wegeseitenränder sowie unbefestigte Wirtschaftswege haben eine wichtige Vernetzungsfunktion. Sie können ein wertvoller Lebensraum beispielsweise von Insekten und Pflanzen, sein, die in einem intensiv bewirtschaftenden Umfeld kaum noch überleben können. Dazu wollen wir das Zurückschneiden von Gehölzen und Gräsern an die natürlichen Zyklen anpassen und auf das Notwendige reduzieren. Der illegale Umbruch von Teilen der öffentlichen Wegeparzellen oder gar der komplette Umbruch von Wiesenwegen ist nicht akzeptabel. Wir wollen verhindern, dass solche Flächen auch noch die Förderung von EU-Prämien bekommen, und in Zusammenarbeit mit der Naturschutzbehörde die Beachtung der Flurgrenzen im Auge behalten. Wir wollen, dass der Landkreis eine gentechnikfreie Region bleibt. Auf kreiseigenen Flächen muss der Einsatz gentechnisch veränderter Organismen ausgeschlossen sein.

8. Weniger Flächenverbrauch bei der Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten durch innerörtliche Verdichtung (Innen- vor Außenausbau). Erstellen eines „Lückenkatasters“ in den Kommunen, bevor neue Baugebiete ausgewiesen werden. Nutzung des „Ökokontos“ für vorgreifende Ersatzmaßnahmen.
Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen (Kompensationskataster erforderlich) im Rahmen von Flurneuordnungsverfahren und Baumaßnahmen umsetzen und die Pflege der Flächen dauerhaft sichern und überwachen.
Wir GRÜNE wollen den Flächenverbrauch für neue Gewerbegebiete drastisch vermindern. Baulücken und Brachflächen sind vorrangig zu nutzen. Ausgleichsmaßnahmen sind zeitnah in ökologischen Schwerpunkträumen in der Gegend des Eingriffsortes einzuleiten.

9. Eine ca. 200 km lange „Grenztrail“-Strecke für fast 14 Mio Euro erhöht mit Blick auf die aktuelle Finanz- und Umweltsituation das sowieso schon vorhandene Konfliktpotential.
Unsere ländliche Region bedarf stattdessen dringend eines umfassenden kreisstraßenbegleitenden ***sicheren Radwegenetzes****.*
Wir GRÜNE müssen feststellen, dass die Radwegesituation in den meisten Orten, aber auch außerorts schlecht ist. Viele Radfahrenden fühlen sich unsicher. Im Jahr 2019 wurde vom Landkreis nicht ein einziger Meter neuen Radweges gebaut. Wie in unserem Antrag „Sicher Radfahren in Waldeck-Frankenberg“ gefordert, sind bei wesentlichen Baumaßnahmen an Kreisstraßen Radwege mit anzulegen. Die durch unseren Landkreis laufenden Fernradwege

sind dringlich zu verbessern. Sand-und Schotteroberflächen entsprechen keineswegs den geforderten Qualitätsstandards.

10. Eine bürgernahe und **kostengünstige öffentliche Nutzung von Recyclingeinrichtungen der Abfallwirtschaft** wäre zukunftsorientiert, fördert das Umweltbewusstsein und verhindert somit wilde Müllablagerungen aufgrund aktuell 100%iger Gebührenerhöhung!
Förderung von Angeboten der Natur- und Umweltbildung in Kindergärten, Jugendherbergen.

Die GRÜNEN haben sich in der vergangenen Wahlperiode für eine Stabilität der Gebühren im Bereich Abfall eingesetzt und haben uns insbesondere gegen die Entnahmen aus der Gebührenausgleichsrücklage gewendet. Alle Angebote, die dazu dienen können, dass junge Menschen die Belange von Umwelt und Natur nähergebracht werden können, finden unsere Unterstützung.

11**. Aufwertung** der Vergabe **des Kreisnaturschutzpreises** (u. a. Ehrung und Vergabe im Kreisparlament).

Sobald die Pandemie vorbei ist, sollte der Kreisnaturschutzpreis wieder im Kreistag vergeben werden. Einer Aufwertung des Preises stehen wir GRÜNE positiv gegenüber.

Stellungnahme FDP-Kreisverband Waldeck-Frankenberg zu den Forderungen des NABU

1.) Ebenso wie dem NABU ist der FDP die Unterstützung des Landschaftspflegeverbandes ein Anliegen. Gerade bei der Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung der naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen sehen wir Nachholbedarf. Im Landschaftspflegeverband sind Landwirte und Naturschützer vertreten – eine Zusammenarbeit, die wir begrüßen.
2.) Die Naturdenkmäler des Kreises könnten durch Öffentlichkeitsarbeit mehr gefördert werden. Wir stimmen zu.
3.) Auch die „Förderung kreisspezifischer Artenschutzmaßnahmen, vor allem zu den bereits ermittelten Arten, für die der Kreis Waldeck-Frankenberg eine besondere Verantwortung hat“ findet sich als Forderung in unserem Wahlprogramm. Wie die konkrete Ausgestaltung aussieht, sollte jeweils mit Sachkundigen erarbeitet werden.
4.) Ebenso wie der NABU bevorzugt die FDP Repowering von Windkraftanlagen vor Neuanlagen. Anlagen im Wald lehnen wir ab.
5.) Hinsichtlich der touristischen Entwicklung des Edersees möchten wir den NABU bitten, ergebnisoffen zu prüfen, inwieweit die neue Seilbahn-Trasse nicht auch günstige Effekte für Natur- und Artenschutz mit sich bringen könnte. Denn die alte Trasse würde bei der Umsetzung des Projektes wieder aufgeforstet werden. Für die neue Trasse würde nur ein Stützpfeiler notwendig sein, weil die Gondeln über den Baumwipfeln schweben. Wir halten das Seilbahnprojekt – gerade in Verbindung mit einem noch zu ergänzenden Verkehrskonzept – für ein Schlüsselprojekt für die Weiterentwicklung des Tourismus unserer Region.
6.) Sowohl die Hutewälder in der Kellerwaldregion als auch das Forstmuseum in Bad Wildungen sollten als Aushängeschilder unserer waldreichen Region gefördert werden. Für den Domanialwald ist ein Konzept zu entwickeln, das Ökonomie und Ökologie unter einen Hut bringt, denn der Wald kann als wichtige Einnahmequelle die öffentlichen Kassen entlasten.
7.) Aus Sicht der FDP haben sowohl die konventionelle Landwirtschaft als auch der Öko-Landbau gleichermaßen ihre Berechtigung. In Hessen werden rund 14,5 Prozent (2019) der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach den Regeln des Öko-Landbaus bewirtschaftet. In Waldeck-Frankenberg liegt der Anteil nach der letzten Erhebung im Jahr 2016 etwas darunter (10,5 Prozent). Angesichts einer schwierigen Marktsituation für Bio-Milch und Bio-Fleisch sind einem weiteren Ausbau dieses Anteils Grenzen gesetzt. Die Molkereien führen bereits Wartelisten für Landwirte, die umsteigen wollen.
   Die Trinkwasserqualität im Kreis Waldeck-Frankenberg ist hervorragend und das soll auch so bleiben. Der Fachdienst Landwirtschaft hat die Aufgabe, die Landwirte bei der Einhaltung der komplexen Dünge-Auflagen kompetent zu begleiten. Die Erfahrungen aus erfolgreichen Wasserschutz-Kooperationen können hier helfen.
   Der Insektenschutz – generell der Artenschutz – wird von uns als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet. Der alleinige Verzicht auf Pflanzenschutzmittel wird aus unserer Sicht nicht zum Erfolg führen, zumal die wissenschaftliche Evidenz für eine solche Maßnahme dünn ist. Außerdem sollte man das Vertrauen in öffentliche Einrichtungen nicht dadurch untergraben, dass man Kreissonderregelungen für Bereiche erlässt, die auf anderen Ebenen reguliert werden. Wir treffen auch keine Kreis-Sonderregelungen für bestimmte Corona-Impfstoffe.

Bei der Kontrolle der Direktzahlungsansprüche werden nicht ausgestellte Bereiche von der Prämiensumme abgezogen. Dadurch entsteht für die Landwirte der Fehlanreiz, die Fläche bis zur Grenze voll auszuschöpfen. Daher sollte dieser Abzug über eine Bagatellregelung unterbleiben.

8.) Die Nutzung von Baulücken in den Innenbereichen ist sinnvoll, um Donut-Strukturen zu vermeiden. Nichtsdestotrotz ist die Attraktivität eines Wohnortes auch davon abhängig, ob Wohnraum und Arbeitsplätze vor Ort vorhanden sind. Hier gilt es, alle Interessen abzuwägen.
9.) Der Grenztrail bietet aus unserer Sicht eine hervorragende Möglichkeit, die einzigartige Landschaft in Waldeck-Frankenberg erlebbar zu gestalten. Da die Einbindung in die bestehende Radwegestruktur dezidiert vorgesehen ist, glauben wir, dass der Grenztrail helfen kann, Radfahren im Kreisgebiet generell attraktiver zu machen. Bei der konkreten Planung und Umsetzung der Strecken werden selbstverständlich auch Fragen des Naturschutzes berücksichtigt. Als europaweit einzigartiges Projekt sehen wir im Grenztrail eine Chance, naturnahen Tourismus im Landkreis erfolgreich auszubauen.
10.) Wir stimmen zu, dass Gebühren für die Abfallentsorgung niedrig sein sollten, um Ausweichverhalten zu vermeiden, geben allerdings zu bedenken, dass öffentliche Dienstleistungen schon zu einem gewissen Anteil durch Gebühren gegenfinanziert werden müssen. Aber eventuell lassen sich im Bereich Recycling interessante Kooperationen mit der Privatwirtschaft entwickeln.
Natur- und Umweltbildung hat bereits in Kindergärten und Einrichtungen der Jugendpflege einen hohen Stellenwert. Das wollen wir gerne unterstützen. Auch eine Einbindung der Vertreter der Landwirtschaft sehen wir hier als sinnvolle Ergänzung.
11.) Die Bekanntheit des Kreisnaturschutzpreises könnte durch eine bessere Öffentlichkeitsarbeit gesteigert werden.

Beantwortet von: Jochen Rube und Susanne Günther

FW Kreistagsfraktion Waldeck-Frankenberg. · Meissner Straße 6 · 34497 Korbach

Kreistagsfraktion
Waldeck-Frankenberg

Fraktionsvorsitzender:
Uwe Steuber
Meissner Straße 6
34497 Korbach

Tel.: 05631/1622
Handy: 0171/7259600
E-Mail: uwe.steuber@t-online.de
Web: www.fw-waldeck-frankenberg.de

NABU
Herrn Heinz-Günther Schneider
In den Höfen 3
35088 Battenberg-Laisa

Korbach, 16.02.2021

Sehr geehrter Herr Schneider,

wir bedanken uns für die Übersendung Ihrer Kernforderungen zur Kreistagswahl 2021. Gerne nehmen wir zu Ihren dort aufgeführten Punkten wie folgt Stellung:

1. Der Landschaftspflegeverband bedarf der Unterstützung im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Kommunen bei der Umsetzung artenschutzrechtlicher Ausgleichsmaßnahmen und der Pflege der vom Kreis ausgewiesenen Naturdenkmale. Die Intensivierung der Kommunikation zwischen Fachdiensten, LPV, Ökomodellregion, Naturparken, LEADER-Programm ist anzustreben (evtl. durch einen sog. „Lenkungskreis“ – oder „Runden Tisch“).

   Der Landschaftspflegeverbund ist gegründet worden zur Förderung und Verbreitung der Idee des gleichberechtigten Zusammenwirkens von Naturschutz, Landwirtschaft und Kommunen im Landkreis. Er soll als Plattform und Instrument für alle Gruppierungen, die am Erhalt unserer Landschaft interessiert sind, dienen und auch eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit ermöglichen.
   Wir gehen davon aus, dass der Verband die ihm zugeschriebenen Aufgaben wahrnimmt. Eine Aufgabenverlagerung auf den Landkreis würde die jetzige Organisationsform infrage stellen.

2. Viele Naturdenkmale des Kreises erfüllen das angestrebte Schutzziel leider nur unzureichend. Ebenso ist die Bedeutung dieser Naturdenkmale durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Erstellung einer App) mit Blick auf den Tourismus zu intensivieren.

   Der Erhalt unserer Landschaft und der Schutz, sowie die Weiterentwicklung der ausgewiesenen Naturdenkmale, haben für die FW eine hohe Bedeutung. Soweit es der Schutzzweck zulässt,

Bankverbindung: Sparkasse Wa-Fkb **IBAN:** DE22 5235 0005 0002 0423 07 **BIC:** HELADEF1KOR

können Naturdenkmale sowohl für die heimische Bevölkerung, als auch für Touristen ein attraktives Besuchsziel sein.
Eine Vernetzung zwischen den Touristikorganisationen und den Naturschutzbehörden ist sinnvoll und sollte intensiviert werden.

3. Notwendige Förderung kreisspezifischer Artenschutzmaßnahmen, vor allem zu den bereits ermittelten Verantwortungsarten für den Kreis Waldeck-Frankenberg. Naturschutzgerechte Bewirtschaftung kommunaler Flächen sowie Artenschutzmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden (u. a. Begrünung, Schutz vor Vogelschlag an Glasflächen, Nistkästen).

   Für naturschutzfachliche Maßnahmen sind wir offen. Diesbezügliche Vorschläge können jederzeit nach Prüfung durch den Fachdienst Umwelt der Kreisverwaltung in den Kreisgremien behandelt werden. Wir unterstützen sehr den Einsatz von finanziellem Mittel aus der Ausgleichsabgabe für den Naturschutz. Hier sind ausreichend finanzielle Mittel vorhanden.

4. Windkraftanlagen (WEA) sind ein wichtiger Baustein für die Energiewende. Sie sollten jedoch durch andere alternative Energieformen ergänzt werden (Solaranlagen und Photovoltaik an öffentlichen Gebäuden u. a.). Repowering sollte Vorrang vor neuen WEA-Standorten haben - WEA-freie Räume in Touristikbereichen sind unerlässlich. Keinesfalls vertretbar sind WEA unmittelbar an Hessens einzigem Nationalpark!

   Die Freien Wähler stehen für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in unserem Landkreis. Dazu gehören auch Windkraftanlagen. Der Ausbau darf nach unserer Überzeugung nur im Konsens mit der Bevölkerung und in Abstimmung mit den betroffenen Gemeinden erfolgen. Wichtig ist, dass auch die Belange des Tourismus Berücksichtigung finden.

5. Erstellen eines Gesamtkonzeptes für die Edersee-Region zur weiteren Entwicklung eines naturverträglichen sanften Tourismus, insbes. zu Infrastruktur und Verkehr. Insbesondere sollte keine neue Seilbahn-Trasse im Nationalpark mit einer fragwürdigen Querung unmittelbar unterhalb des Schlosses in diesen sensiblen Raum gebaut werden. Besonders nachhaltig wäre die Fortführung und Sicherung von Naturschutzprojekten wie z. B. des Naturschutzgroßprojektes Kellerwald/Edersee.

   Der Kreistag hat sich bereits im Jahr 2019 mit der touristischen Weiterentwicklung der Edersee-Region befasst. Es soll mit allen Beteiligten - einschließlich der Gemeinden - ein Zukunftskonzept entwickelt werden. Wir halten die Einbeziehung der Akteure vor Ort aus den unterschiedlichen Bereichen für wichtig.

Bankverbindung: Sparkasse Wa-Fkb **IBAN:** DE22 5235 0005 0002 0423 07 **BIC:** HELADEF1KOR

Es wäre wünschenswert, dass dieser „Runde Tisch“ die richtigen Weichen für einen zukunftsweisenden Tourismus unter Einbeziehung der besonderen naturschutz- und landschaftsfachlichen Gegebenheiten stellt.

6 Die in Arbeit befindliche Leitlinie „Naturschutz im Domanialwald“ sollte zügig fertiggestellt werden. Schwerpunkte sollen Artenschutzmaßnahmen sowie die Ausweisung von Altholzinseln sein. Förderung des in Bad Wildungen-Hundsdorf entstehenden Forstmuseums als Informationsstelle für Naturparkbesucher. Die Inwertsetzung der Hutewälder in der Kellerwaldregion, die in ihrer Anzahl und Ausprägung ein Alleinstellungsmerkmal sind, durch Pflege, gezielte Öffentlichkeitsarbeit und das Anlegen eines Hutewald-Rundweges.

Wir von den FW sind intensiv in die Entwicklung der Leitlinie „Naturschutz im Domanialwald“ eingebunden. Wir sind sehr dafür, dass diese fertiggestellt wird. Gerade im derzeit laufenden Prozess der Umstrukturierung des Domanialwaldes haben wir große Chancen, den Naturschutz zu berücksichtigen. Die Idee, das Forstmuseum in Hundsdorf in Wert zu setzen, findet unsere volle Unterstützung. In den nächsten Jahren wird die Neuausrichtung des Domanialwaldes eine große Herausforderung für uns alle werden. Hier haben wir die Chance, Fördermittel einzuwerben um dann auch dem Naturschutz an geeigneten Stellen noch mehr als ohnehin schon Platz zu geben.

7. Der Anteil des ökologischen Landbaus liegt in Waldeck-Frankenberg unterhalb des Landesdurchschnittes von 25%. Der Landkreis sollte daher zusätzliche Anstrengungen unternehmen, diesen Anteil zu steigern. Ebenso ist die Weiterentwicklung der Ökomodellregion mit regionalen Vermarktungskonzeptionen zu intensivieren. Die Nitratbelastung des Grundwassers darf nicht durch sog. „Gülle-Importe“ gesteigert werden. Zum Schutz von Insekten dürfen keine Pestizide auf Flächen im Kreiseigentum angewendet werden. Das Vereinnahmen von Wege- und Randstreifen („illegale Landnahme“) ist nicht rechtens und schädigt die Artenvielfalt sowie den Ruf der Landwirte.

Die Freien Wähler möchten unsere vielfältig und nachhaltig wirtschaftende Landwirtschaft erhalten, ohne Einfluss auf die Produktionsentscheidungen der Landwirte zu nehmen. Neben der Erzeugung von hochwertigen Lebensmitteln - erfreulicherweise auch immer mehr aus biologischem Anbau - hat die Landwirtschaft, egal ob konventionell oder biologisch gewirtschaftet wird, auch mit dem Erhalt unser Kulturlandwirtschaft eine unverzichtbare Funktion. Die Sicherstellung von ausreichendem und unbelasteten Trinkwasser hat für uns hohe Bedeutung und darf nicht durch das Ausbringen von „Gülle-Importen“ gefährdet werden. Selbstverständlich müssen sich unsere Landwirte bei der Bewirtschaftung ihrer Flächen und der Nichteinbeziehung angrenzender Flächen an Recht und Gesetz halten.

Bankverbindung: Sparkasse Wa-Fkb **IBAN:** DE22 5235 0005 0002 0423 07 **BIC:** HELADEF1KOR

8. Weniger Flächenverbrauch bei der Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten durch innerörtliche Verdichtung (Innen- vor Außenausbau). Erstellen eines „Lückenkatasters“ in den Kommunen, bevor neue Baugebiete ausgewiesen werden. Nutzung des „Ökokontos“ für vorgreifende Ersatzmaßnahmen. Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen (Kompensationskataster erforderlich) im Rahmen von Flurneuordnungsverfahren und Baumaßnahmen umsetzen und die Pflege der Flächen dauerhaft sichern und überwachen.

Die Ausweisung von Bau- und Gewerbegebieten fällt in die Zuständigkeit der Städte und Gemeinden. Erfreulicherweise sehen immer mehr Kommunen Chancen in der innerörtlichen Verdichtung und sind hier aktiv. Die Nutzung des Ökokontos sollte abgestimmt zwischen Landkreis und Gemeinden im Sinne des Natur- und Landschaftsschutzes mit allen eingeräumten Möglichkeiten erfolgen. Eine Pflege der entwickelten Flächen ist notwendig und muss auch im Blick der Behörden bleiben.

9. Eine ca. 200 km lange „Grenztrail“-Strecke für fast 14 Mio. Euro erhöht mit Blick auf die aktuelle Finanz- und Umweltsituation das sowieso schon vorhandene Konfliktpotential. Unsere ländliche Region bedarf stattdessen dringend eines umfassenden kreisstraßenbegleitenden sicheren Radwegenetzes.

Der Grenztrail ist eine riesige Chance für unseren Landkreis. Durch dieses einmalige Projekt können wir unseren Landkreis weiterentwickeln und noch attraktiver für Besucherinnen und Besucher gestalten. Dabei müssen die Belange des Naturschutzes Berücksichtigung finden. Hier geht es uns darum, eine Besucher-/Nutzerlenkung zu realisieren. Gerade durch den Grenztrail soll erreicht werden, dass diejenigen, die derzeit „wild durch die Natur“ mit ihrem Fahrrad unterwegs sind, auf die deutlich interessanten Wege des Grenztrails gelenkt werden. Daneben wird durch die hohe Bundesförderung für Radwege an Landes- und Kreisstraßen ein umfassendes Radwegekonzept entwickelt und umgesetzt werden. Hier wird auf das neue Programm „Stadt und Land“ verwiesen. Für uns, die FW, ist der „normale Radwegebau“ genauso wichtig, wie der Grenztrail. Wir möchten zum Beispiel die Anbindung des Lengelbachtals und der Jugendburg Hessenstein an den Fernradweg verwirklichen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass beide Projekte völlig unterschiedliche Zielgruppen ansprechen.

Lassen Sie uns gemeinsam das Projekt Grenztrail im Konsens entwickeln. Es hat Chancen für den Naturschutz und den Tourismus mit einer enormen Wertschöpfung für die Wirtschaft und die Bevölkerung in Waldeck -Frankenberg. Wichtig ist uns dabei, dass von Beginn an der Fachdienst Umwelt des Landkreises Waldeck-Frankenberg, die Domanialverwaltung und Hessen Forst eingebunden wurden. Die

Bankverbindung: Sparkasse Wa-Fkb **IBAN:** DE22 5235 0005 0002 0423 07 **BIC:** HELADEF1KOR

Naturschutzverbände müssen, sobald es der Projektstand erfordert, eingebunden werden.

10. Eine bürgernahe und kostengünstige öffentliche Nutzung von Recyclingeinrichtungen der Abfallwirtschaft wäre zukunftsorientiert, fördert das Umweltbewusstsein und verhindert somit wilde Müllablagerungen aufgrund aktuell 100%iger Gebührenerhöhung! Förderung von Angeboten der Natur- und Umweltbildung in Kindergärten, Jugendherbergen.

    Die Zuständigkeit für eine bürgernahe und kostengünstige Abfallentsorgung liegt nunmehr ausschließlich bei den Städten und Gemeinden. Die Bürgermeister des Landkreises haben sich unlängst gegen eine gemeinsame Organisation der Abfallwirtschaft im Landkreis für die Zukunft ausgesprochen. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass alle Städte und Gemeinden Wertstoffhöfe vor Ort einrichten. Zudem sollte genügend Behältervolumen zur Verfügung stellt werden. Auch eine kostengünstige und zeitnahe Sperrmüllabfuhr kann dazu beitragen, dass es zu keinen wilden Müllablagerungen mehr kommt.

    Der Förderung von Angeboten der Natur- und Umweltbildung in Kindergärten stehen wir sehr offen gegenüber. So sind es z.B. die FW in Korbach, die schon lange die Einrichtung eines Waldkindergartens fordern. Angebote für den Naturschutz an den Jugendherbergen, insbes. an der Jugendherberge Burg Hessenstein, findet unsere vollste Unterstützung.

11. Aufwertung der Vergabe des Kreisnaturschutzpreises (u. a. Ehrung und Vergabe im Kreisparlament).

    Mit den vom Landkreis ausgelobten Preise für Naturschutz, Kulturpflege, Denkmalpflege und Soziales wird das besondere ehrenamtliche Engagement von Personen, Gruppen und Vereinen gewürdigt, die sich im hohen Maß um das Allgemeinwohl verdient gemacht haben.

    Alle Preisträger werden in einem würdigen Rahmen geehrt, auch eine Preisverleihung im Rahmen einer Kreistagssitzung kommt in Betracht.

Wir hoffen, dass wir unsere Sicht und Einstellung zu Ihrem Forderungskatalog darstellen konnten und Ihnen unsere Sicht auf die genannten Punkte etwas näherbringen konnten.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Steuber
Fraktionsvorsitzender

Bankverbindung: Sparkasse Wa-Fkb **IBAN:** DE22 5235 0005 0002 0423 07 **BIC:** HELADEF1KOR

Stellungnahme des Kreisverbandes DIE LINKE. Waldeck-Frankenberg zum Forderungskatalog der NABU

Zu 1.

Naturschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf keinesfalls überwiegend auf den Schultern des Ehrenamtes oder der Naturschutzverbände abgeladen werden. Landschaftspflegeverbände sind daher eine gute Einrichtung, deren Arveit unterstützt werden muss. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Landesmittel hinreichend sind, um den finanziellen Bedarf zu decken: Es darf nicht dazu kommen, dass Aufgaben, die eigentlich behördlicherseits zu stemmen sind, auf die LPV übertragen werden. „Runde Tische" sehen wir bei der Lösung regionaler Probleme mit vielen Akteuren positiv. Sie sind aber nicht das Gremium, das die konkrete Umsetzung von Projekten oder Maßnahmen koordiniert oder steuert. Deshalb begrüßen wir die Einrichtung eines „Lenkungskreises", in dem die Akteure gleichberechtigt eingebunden werden. Es müssen dabei aber die Asymmetrien der Machtverteilung (Behörde, NGO, Verband, kommunale Vertreter*innen) überwunden werden.

Zu. 2.

Naturdenkmale sind nicht nur aus umweltschutzpolitischer Sicht relevant, sondern auch aus touristischer Sicht interessant. Eine Analyse der erforderlichen Maßnahmen und der damit verbundenen Kosten und der Dringlichkeit, um die Schutzziele zu erreichen, unterstützen wir. Darauf basierend kann eine fundierte und überlegte Entscheidung getroffen werden, welche Maßnahmen umgesetzt werden können. Die Naturdenkmäler auch touristisch zu „vermarkten" und als Anziehungspunkte für Besucher, ist ein sinnvolles Vorhaben. Gerade hier im ländlichen Raum ist es wichtig, die Besonderheiten auch für Touristen mehr hervorzuheben. Entsprechende Öffentlichkeitsarbeit ist dafür die Grundlage.

Zu 3.

Wir sind der Meinung, dass Arten- und Biotopschutz nicht nur auf geschützten Flächen gewährleistet werden sollte und die Verantwortung für den Erhalt einzelner Arten nicht nur von nur einem Kreis abhängen darf: Durch den Klimawandel verändert sich die Artenzusammensetzung der für unsere Mittelgebirge typischen ökologischen Gefüge bereits jetzt stark. Schreitet der Klimawandel ungehindert fort, wird es auch mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln des Naturschutzes nicht gelingen die Arten zu halten. Deshalb sind zum Schutz der Artenvielfalt und der in Waldeck-Frankenberg ermittelten Verantwortungsarten die kreisübergreifende Energie-, Verkehrs- und Wärmewende zur Verlangsamung des Klimawandels zu fördern, weil sie auch zugleich angewandter Naturschutz sind.

In Bezug auf die naturschutzgerechte Bewirtschaftung kommunaler Flächen und Artenschutzmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden haben die Kommunen eine Vorbild- und über die öffentlichen Aufträge auch eine Lenkungsfunktion. Die

öffentliche Infrastruktur muss nicht nur klimaneutral werden. Sie muss umfassend ökologisch ausgerichtet werden. Dazu gehören die ressourcenschonende und nachhaltige Sanierung bestehender Gebäude sowie entsprechende Auflagen für alle Neubauten. Vor allem für ländliche Räume schlagen wir vor, dass Gebäude, bei aller notwendigen Funktionalität, als Teil des sie umgebenden Naturraums konzipiert werden. Gebäudehüllen sind dabei die entscheidenden Schnittstellen. Über sie müssen z.B. Energiegewinnung, Regenwassernutzung und Habitatfunktion gewährleistet werden.

Zu 4.,
Wir teilen das Ziel, im Zuge der Energiewende nicht nur auf Windkraft zu setzen, sondern auch andere alternative Energieträger einzubeziehen. Windkraft kann und soll durch andere Energieformen sinnvoll ergänzt werden.

Zu 5.
Ein **Gesamtkonzept für die Edersee-Region** zur weiteren Entwicklung eines naturverträglichen sanften Tourismus ist sehr begrüßenswert. Auch die touristische Infrastruktur muss bis Mitte der 2030er Jahre klimaneutral und umweltverträglicher sein. Die Infrastruktur für eine bequeme und zügige Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln muss - nicht nur für den Tourismus - aufgebaut werden. Hierfür muss geprüft werden, ob und welche Bahntrassen reaktiviert werden können.

Zu 6.

Die Förderung des Forstmuseums als Informationsstelle für Naturparkbesucher begrüßen wir. Ebenso sehen wir die Pflege und Erhaltung der Hutewälder als wichtiges Ziel an. Das Anlegen eines Hutewald-Rundweges verbunden mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit kommt unserem Ziel entgegen, touristische Angebote zu schaffen, die sich an den vorhandenen Stärken der Region orientieren und nachhaltig sind.

Zu 7.
Aus unserer Sicht reicht es nicht, die Landwirtschaft klimaneutral zu machen, noch genügt es, wenn wir einen Anteil x an Ökobetrieben haben oder sogenannte Blühstreifen fördern. Die Gesamte konventionelle Landwirtschaft muss zum Schutz der Biodiversität, des Grundwassers, der Böden und des Klimas auf umweltfreundlichere Verfahren umgestellt werden. Der Schutz der Biodiversität muss auf der ganzen Fläche betrieben werden.
Über die Vergabe öffentlicher Aufträge kann die Nachfrage für ökologisch produzierte Lebensmittel gesteigert werden. Würden wir dies mit einer Quote für

regional angebaute Produkten verbunden, würde das erheblich zur Ökologisierung der regionalen Landwirtschaft beitragen. Weiterhin können Land, Kreis und Kommunenöffentliche Kantinen (Kindergärten, Schulen, öff. Verwaltung, Krankenhäuser) aber auch private Träger mit Anreizen zur Regionalisierung fördern.

Wir unterstützen das Konzept Wochenmarkt statt Weltmarkt, also die Förderung von regionalen Vermarktungskonzepten. Weiterhin müssen die Förderrichtlinien der Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) konsequent nach sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtet werden.

Zu 8.

Bereits mittelfristig müssen wir zu einer Netto-Null-Versiegelung kommen. Jede noch so kleine Neuversiegelungsquote führt zwangsläufig zu einer Totalversiegelung und ist nicht nachhaltig. Bevor Neubaugebiete ausgewiesen werden, muss es eine Bedarfsanalyse geben. Hierbei ist es wichtig, die Gründe für einen neuen Bedarf zu unterscheiden. Ist der Bedarf z.B. in einem Wachstumsmodell für die Gemeinde oder Region begründet - Wachsen für mehr Einnahmen oder größeren politischen Einfluss – können diese Forderungen anders erfüllt werden als durch mehr Flächenversiegelung.

In einem zweiten Schritt sollte geprüft werden, ob der notwendigen Flächenbedarf nicht anders erfüllt werden kann. Z. B. durch Umnutzung vorhandener Gebäude oder durch Mehrfachnutzung von Gebäuden (viele Gebäude sind mehr als 50 % der Zeit ungenutzt). Dann stellt sich die Frage bestehende Gebäude zu erweitern und falls möglich der Nachverdichtung.

Zu 9:

Wir unterstützen den Ausbau eines umfassenden sicheren Radwegenetzes. Der Grenz-Trail ist aus touristischer Sicht als positiv zu bewerten. Er soll nicht nur für jegliche Zielgruppe befahrbar sein, sondern auch die touristischen Besonderheiten der teilnehmeden Orte miteinander verbinden. Das Vorhaben wird mit EU-Mittel gefördert – nichtsdestotrotz ist die Ausgabe von Finanzmitteln in dieser Größenordnung vor dem Hintergrund der aktuellen ungewissen Entwicklungen des Haushaltes kritisch zu sehen.

Zu 10.

Angebote zur Natur- und Umweltbildung in Kindergärten oder Jugendherbergen sind wichtige Investitionen in die Zukunft und daher zu begrüßen.

Das Ziel, die Nutzung von Recyclingeinrichtungen kostengünstig zu ermöglichen und damit eine Umweltverschmutzung durch wilde Müllablagerungen zu verhindern, unterstützen wir ebenfalls.

ZU 11.

Einer Vergabe des Kreisnaturschutzpreises im Kreisparlament stehen wir positiv gegenüber.

Alternative für Deutschland

AfD-Fraktion im Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg

AfD-Fraktion Waldeck-Frankenberg, Rosenstraße 4, 34513 Waldeck

Nabu Waldeck-Frankenberg
z. Hd. Heinz Günter Schneider
In den Höfen 3
35088 Battenberg Laisa

25.02.2021

Beantwortung Ihrer Fragen vom 05.02.2021

Sehr geehrter Herr Schneider,

gerne beantworten wir Ihre Fragen mit den nachstehenden Erklärungen.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktionsvorsitzender
AfD-Fraktion im Kreistag Waldeck Frankenberg

Fraktionsvorsitzender: Stefan Ginder 05634-994818 – stefan@ginder.de
stellv. Fraktionsvorsitzender: Jan Nolte 0175-1600333 – jan.nolte@afd-hessen.de
Fraktionsgeschäftsführer: Jens Peschel 0160-93003176 – jens.peschel@afd-hessen.de
Alternative für Deutschland – AfD-Fraktion Waldeck-Frankenberg – Rosenstraße 4 – 34513 Waldeck-Sachsenhausen
Waldecker Bank IBAN DE74 5236 0059 0000 3939 40 BIC GENODEF1KBW

Kernforderungen NaBu 2021 – Stellungnahme der AfD KV Waldeck – Frankenberg

1. Landschaftspflegeverband:

Der LPV WA – FKB ist einer der teuersten in Hessen! Er wird mit großen Summen immer noch vom Land gefördert.

Im Landschaftspflegeverband werden Aufgaben aus den Bereichen Erhalt, Pflege und Weiterentwicklung von Kultur und Landschaft gebündelt.

Wir erwarten, dass sich der LPV WA – FKB in den nächsten drei Jahren wirtschaftlich selbst trägt. Wenn der Verband nicht wirtschaftlich arbeiten kann, weil er nicht über ausreichend Mitglieder verfügt, so werden wir uns dafür einsetzen, dass wir als Landkreis das Engagement beenden, um den Kreishaushalt nicht weiter zu belasten.

2. Naturdenkmale

Die Verbesserung bei der Erhaltung der Naturdenkmale ist eine der zentralen Aufgaben der Unteren Naturschutzbehörde. Hierauf haben politische Parteien nur sehr geringen Einfluss.

Es ist Sache der Personalausstattung, die durch den Landrat als Leiter der staatlichen Behörde geregelt wird.

Eine weitere App, die erfahrungsgemäß kaum genutzt wird, halten wir nicht für zielführend. Besser geeignet ist u.E. das Anbringen von Infotafeln an den zugänglichen Bereichen der Naturdenkmale (analog den Infotafeln an vielen FFH – Gebieten).

Evtl. kann auch das Ausweisen der Naturdenkmale in den kommunalen Rad- und Wanderkarten oder auf den örtlichen Homepages mit Blick auf den Tourismus als Öffentlichkeitsarbeit intensiviert werden. Der Kreis kann hier aus unserer Sicht unterstützend tätig werden.

3. Artenschutzmaßnahmen/ Bewirtschaftung

Zur Förderung kreisspezifischer Artenschutzmaßnahmen ist zu sagen, dass hier leicht die Gefahr besteht, dass man sich verzettelt: Staatlicherseits gibt es inzwischen unzählige Förderprogramme, die über Obere und Untere Naturschutzbehörden, aber auch den Fachdienst Landwirtschaft in WA-FKB hervorragend gelenkt werden. Hier besteht u.E. eine **der zentralen** Aufgabengebiete für den LPV, um die vorhandenen Mittel für Arten außerhalb von Schutzgebieten zu akquirieren.

Eine naturschutzgerechte Bewirtschaftung kommunaler Flächen ist immer wieder Forderung der GRÜNEN im Kreistag. Wir haben gelernt – und halten dies für sinnvoll – dass es sehr schwierig ist, Flächen aus zum Teil langfristigen Pachtverträgen herauszulösen, um sie anderweitig zu verpachten. Es brechen dem Kreis ggf. einige wichtige Einnahmen weg. Und sinnvoll ist das auch nicht, da über landwirtschaftliche Förderprogramme (HALM) ein hervorragendes Instrument besteht, um den Landwirten eine ökologische Bewirtschaftung zu „versüßen“.

4. Windkraft

In unserem Programm ist zu lesen: „Der Ausbau der sogenannten Erneuerbaren Energien belastet die Netzstabilität und führt zu immer höheren (Strom-) Preisen.

Dazu kommen Gesundheitsgefahren wie Infraschall bei Anwohnern in der Nähe von Windkraftanlagen.

Wir wollen bestehende Beteiligungen des Landkreises an Windparks etc. kündigen und werden kein weiteres Engagement in diesem Bereich unterstützen. Windkraftanlagen in Wäldern und Naturschutzgebieten lehnen wir prinzipiell ab.“

Darüber hinaus haben wir mit einer Großen Anfrage im Kreistag (Drucksache 384/20) die Antwort erhalten, dass auch ein weiterer Ausbau der sogenannten Erneuerbaren Energien nicht zu einer höheren Versorgungssicherheit führen wird.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

5. Ederseeregion

In der Edersee-Region sollte sanfter Tourismus eine gute Infrastruktur vorfinden. Ein gesteuertes Verkehrskonzept, gesamtheitlich gelöst, sollte erklärtes Ziel aller Beteiligten sein. Hierzu ist die Erstellung eines Gesamtkonzeptes sicherlich eine gute Grundlage.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass solche Konzepte für die Edersee-Region oft in der Schublade verschwunden sind. Sie wurden nicht umgesetzt, da nicht alle Entscheidungsträger „in einem Boot“ saßen.

Der „Wasserstand“ am Edersee ist seit 50 Jahren mahnendes Beispiel einer unheilvollen Klientelpolitik.

Ein Konzept ohne die Beteiligung aller Betroffenen, und hier betonen wir ausdrücklich auch die Einbeziehung der privaten Tourismusbetriebe, lehnen wir daher prinzipiell ab.

Wir finden es auch problematisch, wenn im Vorfeld gemeinsamer Überlegungen Denkverbote ausgesprochen werden, die es privaten Betreibern unmöglich machen sollen, z.B. eine neue Seilbahn-Trasse zu planen.

Ein Gesamtkonzept wird nur funktionieren, wenn Kompromisse gefunden werden, die für alle Beteiligten tragfähig und für die Tourismusanbieter eine solide, wirtschaftliche Grundlage darstellen. Projekte können sicherlich von der Politik gefördert werden, umgesetzt werden sie aber von Investoren der Privatwirtschaft.

Der Tourismus in der Edersee-Region ist eine der bedeutendsten Wirtschaftsmotoren in Waldeck Frankenberg und muss daher auf eine solide wirtschaftliche Basis gestellt werden.

Diese Infrastruktur wird erreicht, wenn gut aufgestellte Tourismusbetriebe unterstützt durch regionales Marketing genügend Besucher aus Hessen und den angrenzenden Bundesländern generieren.

Dies wird bewirkt, wenn der Erholungssuchende auf einen attraktiven Edersee trifft, der ihn zu einem längeren Aufenthalt animiert.

6. Naturschutz Domanialwald

Falls die Naturschutzleitlinie nicht zur Stilllegung vergleichbar großer Flächen wie im Staatswald führt, unterstützen wir diese Forderung. Andernfalls – bzw. wenn nicht alle Aspekte eines zu bewirtschaftenden Waldes berücksichtigt werden – lehnen wir sie vollumfänglich ab. Artenschutzmaßnahmen finden schon seit langer Zeit statt; über den Waldvertragsnaturschutz in den FFH – Gebieten wird auch ein kleiner Teil der freiwilligen Maßnahmen entschädigt. Altholzinseln sind schon in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts ausgewiesen worden. Eine Ausweitung bzw. Vermehrung dieser Flächen als „Stilllegung durch die Hintertür“ wird von uns abgelehnt.

Für eine Förderung des Forstmuseums ist aus unserer Sicht die Stadt Bad Wildungen der erste Ansprechpartner. Einer zusätzlichen Förderung durch den Kreis stehen wir offen gegenüber, sofern sich die Stadt Bad Wildungen überwiegend an dieser Förderung beteiligt. Grundsätzlich sehen wir aber auch den Naturpark ein Stück weit in der Pflicht, sich hieran zu beteiligen.

Für die Hutewälder gilt dies entsprechend: wenn der Kreistag eine Summe kennt, was diese Arbeiten (einmalig, mehrjährig, …) kosten sollen, kann er in den Haushaltsberatungen darüber entscheiden. Grundsätzlich begrüßen wir diesen Ansatz, können aber erst eine positive oder negative Aussage dazu abgeben, wenn uns die Kosten bekannt sind. Aber auch hier sehen wir die Anliegerkommunen in der Pflicht, sich angemessen zu beteiligen.

7. Ökologischer Landbau

In unserem Programm heißt es: „Wir sehen die Landwirtschaft als wichtigen Partner bei der regionalen Erzeugung von Lebensmitteln und im Umweltschutz. Eine pauschale Verunglimpfung, bspw. im Bereich Gülle, lehnen wir ab. Wir wollen regelmäßige und öffentliche Berichte zur Wasserqualität, um notfalls steuernd eingreifen zu können.“

Um ökologisch wirtschaften zu können, benötigt ein Landwirt mehr Fläche. Diese ist wegen vielfältiger anderer Ansprüche (Erneuerbare Energie, Naturschutz, Gewerbe, um nur die wichtigsten zu nennen) auf die verfügbare Fläche nicht vorhanden. Daher ist eine merkbare Steigerung des Anteils an Biolandbau kaum umzusetzen.

Ihre Forderung, zum Schutz von Insekten keine Pestizide auf Flächen im Kreiseigentum anzuwenden, ist bereits mehrfach im Kreistag thematisiert worden und praktisch einfach nicht umsetzbar wegen den bestehenden Pachtverträgen. Allerdings hat der Kreisausschuss zugesichert, bei Flächen in eigener Bewirtschaftung auf Pestizide zu verzichten. Gleiches gilt bei neuen Pachtverträgen.

„Das Vereinnahmen von Wege- und Randstreifen…“: Ja, das stimmt in jeder Hinsicht, liegt allerdings nur bedingt im Verantwortungsbereich des Kreises. Hier sind aus unserer Sicht im Schwerpunkt die Kommunen gefordert, im Rahmen ihrer Feldwegeordnungen auf den nötigen Abstand zwischen Weg und Feld zu achten.

8. Flächenverbrauch

Den Flächenverbrauch zu begrenzen ist aus unserer Sicht prinzipiell eine sinnvolle Forderung. Dem Innenausbau steht in vielen Kommunen allerdings sowohl der Denkmalschutz als auch Privateigentum an größeren Flächen – die für die Bebauung

geeignet wären – entgegen. Auch will nicht jeder Bauwillige in Ortskerne ziehen. Nichtsdestotrotz ist es heute bereits für die Kommunen schwierig, Baugebiete im Außenbereich auszuweisen, sofern Potential für eine Nachverdichtung im Innenbereich besteht. Die Aufsichtsbehörden haben hier ein Auge darauf.

Um ein Ökokonto zu nutzen, müssen die Gemeinden erst eines aufbauen. Dies ist unseres Wissens nach bisher erst sehr unvollständig erfolgt. In vielen Fällen erfolgt eine direkte Kompensation bei Eingriffen. Hier ist aus unserer Sicht der LPV gefordert, unterstützend einzugreifen.

Potentielle Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen außerhalb von Schutzgebieten sind zunehmend schwieriger umzusetzen, da der Druck auf die „Fläche“ sehr groß geworden ist: Landwirtschaft, Erneuerbare Energien, Bau- und Gewerbegebiete, Naturschutz, Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe. Private Eigentümer geben oft ihre Flächen dafür nicht mehr her. Und öffentliche Flächen liegen oft ungünstig.

9. Grenztrail

Wir sehen kein Konfliktpotential beim Grenzbereich. Viele Gemeinden sind ihm inzwischen beigetreten und werden nach und nach den „Bau“ bzw. die Ausschilderung vornehmen. Falls die Routen durch naturschutzfachlich sensible Bereiche geführt werden sollen, haben die Naturschutzbehörden Entscheidungsgewalt und die Verbände ein Mitspracherecht.

Der Kreis hat bereits die Erstellung eines Radwegekonzeptes in Auftrag gegeben. Wenn dieses Konzept vorliegt, werden wir es bewerten. Solange gilt für uns, dass Bahn, Bus und AST im Öffentlichen Personennahverkehr lediglich als Ergänzung zum Individualverkehr in unserem ländlich geprägten Raum anzusehen sind. Daher ist ein umfassender Ausbau des Radwegenetzes aus unserer Sicht derzeit nicht erforderlich.

Radfahren ist ein wichtiger Baustein eines Tourismuskonzeptes im Landkreis. Dazu müssen die touristisch interessanten („schönen“) Strecken bekannt sein. Eine Analyse bestehender Lücken und evtl. erforderlicher Verlegungen vorhandener Radwege auf kommunaler Ebene (Radwegekonzept) ist zielführend.

10. Recycling-Abfall

Gebührenerhöhungen sind natürlich nie angenehm, aber leider manchmal erforderlich. Gebühren, und auch die Müllgebühren, müssen kostendeckend erhoben werden und dürfen nicht vorsätzlich zu niedrig angesetzt werden, um bürgerfreundlicher zu sein. Dieses Systematik ist, wie Ihnen sicherlich bekannt, im Gesetz über die kommunalen Abgaben geregelt. Dem haben wir nichts hinzuzufügen.

Der Landkreis engagiert sich bereits in der Natur- und Umweltbildung über die Jugendburg Hessenstein. Kindergärten brauchen aus unserer Sicht in diesem Bereich keine weiteren Vorgaben, da jeder Kindergarten individuell für sich Konzepte zur Förderung der Kinder durch Besuche auf Bauernhöfen, Waldwochen etc. hat.

11. Kreisnaturschutzpreis

Diese Forderung können wir gerne unterstützen. Allerdings müssen dann auch die weiteren Kreispreise in einem vergleichbaren Rahmen vergeben werden.

Für weitere Fragen, gern auch telefonisch stehen Ihnen zur Verfügung:

Stefan Ginder
Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat

Thorsten Huntzinger
Kreisausschussmitglied und Kandidat auf Listenplatz 2

Hakola Dippel
Umwelt- und energiepolitischer Sprecher, Listenplatz 3